

Die Friedensziele des Kanzlers und die Parteien.

Von Paul Fuhrmann, Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Vor mehr als einem Jahre habe ich in einer Rede in Essen auf öffentliche Behauptungen des Abg. Scheidemann verwiesen, er wisse genau, daß der Reichskanzler keine Eroberungen als Ziel dieses Krieges wolle. Ich habe hinzugefügt, daß ich ohne weiteres glaube, daß er nicht den geringsten Grund für diese Annahme habe; endlich einmal müsse aber der Unfug aufhören, daß man sich immer wieder auf gemeinsame Anschauungen mit dem Herrn Reichskanzler in einem Lager berufe, dessen Ziele nicht die Ziele des deutschen Volkes seien. Daß dieser Unfug nicht aufgehört hat, haben wir in diesen Tagen aus Äußerungen erfahren, die derselbe Abg. Scheidemann in einer Breslauer Versammlung getan hat. Er hat auf eine Eingabe hingewiesen, die die großen wirtschaftlichen Verbände von Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe dem Kanzler vor mehr als Jahresfrist unterbreitet hatten, und in der diese berufenen Vertreter unseres gesamten Wirtschaftslebens darzulegen versuchten, wie nach ihrer Meinung nach siegreicher Beendigung des Krieges ein Friede beschaffen sein müsse, der unser Vaterland vor künftigen Ueberfall sichere und seine weitere wirtschaftliche Entwicklung verbürge. Der Abg. Scheidemann behauptet, daß der Reichskanzler zu jener Zeit ihm und anderen Vertretern der Sozialdemokratie erklärt habe, „daß er mit jenen Eroberungsplänen nichts zu tun haben wolle, daß er sie weit von sich weise und daß er sie wie alle ähnlichen Pläne auf das entschiedenste mißbillige“. Es ist möglich, daß der Kanzler sich damals, in einer militärischen Lage, die die Russen noch an der Grenze Ostpreußens und nach Eroberung Galziens vor den Toren von Krakau sah, so oder ähnlich zu dem Abg. Scheidemann geäußert hat. Unmöglich kann aber die weitere Behauptung des Abg. Scheidemann stimmen, daß der Kanzler seitdem nichts gesagt und getan habe, was die Sozialdemokratie zu der Annahme nötige, daß der Kanzler seinen damaligen Standpunkt geändert hätte. Das kann um so weniger der Fall sein, als Herr Scheidemann, der hinsichtlich der Friedensziele die allgemeine Uebereinstimmung von Kanzler und Sozialdemokratie nachzuweisen sich bemühte, als Vorbedingung für einen dauerhaften Frieden den Verzicht auf alle Landerwerbungen hinstellte.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat inzwischen gegenüber den Scheidemannschen Behauptungen darauf hingewiesen, daß der Reichskanzler sich wiederholt öffentlich im Reichstage darüber ausgesprochen hätte, was der Frieden uns bringen müsse. Sie fügt hinzu, daß sich aus diesen positiven Erklärungen des Kanzlers zugleich seine Stellung zu den Kriegsziele der Wirtschaftsverbände ergebe. Dieser Satz ist bedauerlicherweise sehr unklar gehalten. Es wäre vollkommen falsch, etwa aus ihm die grundsätzliche Gegensätzlichkeit der Auffassungen des Kanzlers und der Wirtschaftsverbände herzuleiten. Das kann aus dem Vergleich der beiderseitigen Anschauungen leicht erkannt werden.

Hierbei muß unser Verhältnis zu Frankreich zunächst außer acht bleiben, da Herr v. Bethman Hollweg sich hierüber bisher im Reichstage noch nicht geäußert hat. Was aber die Kriegsziele im Osten betrifft, so kann von einem Gegensatz nicht die Rede sein. Wenn die Eingabe der Wirtschaftsverbände, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ hervorhebt, hier die Angliederung von Teilen der Ostseeprovinzen und südlich davon gelegenen Gebieten forderte, dann entspricht das vollkommen der Auffassung des Kanzlers, der am 5. April im Reichstage es ablehnte, daß Deutschland die von ihm und seinen Bundesgenossen besetzten Völker zwischen der Baltischen See und den Wolhynischen Sümpfen, mögen sie Polen, Litauer, Balten oder Letten sein, freiwillig wieder dem Regiment des reaktionären Rußlands ausliefere. Hinsichtlich Belgiens hat der Kanzler am gleichen Tage reale Garantien dafür verlangt, daß Belgien nicht ein englisch-französischer Vasallenstaat bleibe, nicht militärisch und wirtschaftlich als Vorwerk gegen Deutschland wieder aufgebaut werden könne.

Die Redner des Zentrums, der Konservativen und der Nationalliberalen haben in der auf die Kanzlerrede folgenden Debatte, wie der Abg. Dr. Spahn es ausdrückte, als notwendige Folge der Erklärung des Kanzlers hingestellt, daß „Belgien politisch, militärisch, wirtschaftlich in unsere Hand zu liegen kommen“ müsse. Das dürfte im wesentlichen auch der